

Jux-Sozialisten

Die SP verwirkt ihre Regierungsbeteiligung. Sparen in Zürich. Unternehmer in Bad Ragaz. Von Roger Köppel



Zerstörung des Erfolgsmodells.

Die SP will den Kapitalismus überwinden und die Schweiz in eine sozialistische Ordnung führen. Jungsozialistenchef Cédric Wermuth erklärte bereits, was darunter zu verstehen ist: Kollektiveigentum an den Unternehmen, damit Enteignung der Eigentümer, ein Angriff auf die Grundlagen unserer Gesellschaft. Der Jung- und Jux-Sozialist, der sein Publikum vermutlich veralbert, will nicht wahrhaben, dass die real existierenden sozialistischen Systeme im letzten Jahrhundert Berge von Leichen und Berge von Trümmern hinterlassen haben. Sowohl der Internationalismus der Nationalsozialisten haben im Namen ihrer Ideale das Privateigentum vergewaltigt und schliesslich ganze Bevölkerungsgruppen im Rahmen ihrer Zwangsordnungen ausgelöscht. Der Zusammenhang zwischen Enteignung und Ermordung im rechten wie im linken Sozialismus ist systembedingt. Wer daran zweifelt, soll doch Friedrich von Hayeks Buch «Der Weg zur Knechtschaft» lesen.

Natürlich: Die Chance, dass das aktuelle SP-Programm jemals realisiert wird, ist ungefähr so gross wie die Wahrscheinlichkeit, dass die seit Jahrzehnten einbalsamierte Wachfigur Lenin am nächsten Wochenende aus ihrem Moskauer Mausoleum steigt, den Genossen Mao in Peking wachküssst und dann gemeinsam mit Karl Marx und Rosa Luxemburg den Weltkommunismus neu errichtet. Trotzdem stellt sich die Frage, wie weit sich eine Bundesratspartei aus dem Spiel nimmt, wenn sie sich von ein paar Verrückten auf diese Weise fernsteuern lässt. Die nominell von Christian Levrat präsidierte SP will die Armee abschaffen, die Marktwirtschaft überwinden und der EU beitreten. Jedes Rezept reichte für sich allein, um die Schweiz zu ruinieren. In der Summe verbinden sich die drei Ziele zu einer Strategie, die auf eine nachhaltige Zerstörung unseres Erfolgsmodells hinauslief. Anschaulicher lässt sich der intellektuelle Bankrott einer stolzen Volkspartei nicht vorführen. Konsequenterweise müsste die SP den Bundesrat sofort verlassen.

In der Basler Zeitung wird FDP-Präsident Fulvio Pelli auf einer Seite kritisch interviewt. Die letzte von 22 Fragen widmet sich auf wenigen Zeilen der linken Steuerinitiative, dem gefährlichsten Vorstoss der Saison. «Es muss nicht immer der Präsident sein, der

persönlich den Kopf hinhält», erklärt Pelli auf die Frage, warum er sich selber augenfällig aus dem Kampf heraushalte. Falsch. Pelli müsste gerade in diesem Dossier stärker und frontaler führen.

Missverständnisse liegen auch der Diskussion ums neue Budget der Stadt Zürich zugrunde. Die Vorlage von Finanzvorstand Martin Vollenwyder (FDP) wurde in einem gemeinsamen Kraftakt der FDP, der CVP, der SVP, der EVP und der Grünliberalen zurückgewiesen. Der Stadtrat peilte ein Defizit von über 200 Millionen Franken in der neuen Rechnung an. Das wollten die bürgerlichen Parteien nicht hinnehmen. Bizarr fiel die Reaktion des FDP-Politikers Vollenwyder aus. Trotzig wischte er die Möglichkeit vernünftiger Einsparungen vom Tisch und drohte, unter anderem bei der Polizei und anderen lebenserhaltenden Organen zu sparen. Vollenwyder forderte, die Knausrigen möchten ihm doch bitte genau darlegen, wo er welchen Posten streichen solle. Genau das sollten die Parteien aus führungstechnischen Gründen nicht tun. Es wäre die Aufgabe des Finanzvorstands, aufgrund der Sparvorgaben konkrete Szenarien zu entwickeln, ohne die wirklich relevanten Leistungen der Stadt zu gefährden. Verpflichtet er sich diesem Grundsatz, wird er sich überlegen müssen, welche Leistungen für Zürich wirklich wichtig sind und welche nicht. Das erfordert Schwerpunktbildung und eine Vorstellung dessen, was wirklich nötig ist.

Dass der Luftraum im Zürcher Budget beträchtlich sein muss, illustrieren wenige Zahlen: Seit 2002 stieg der Personalaufwand um 36 Prozent, der Sachaufwand um 41 Prozent. Bereits heute sind die Personalkosten höher als die gesamten Steuererträge. Konkreter Vorschlag: Zürich soll die Hälfte seiner Medienreferenten und Pressesprecher entlassen. Und: Der extreme Ausbaustandard der öffentlichen Bauten ist den Einnahmen zwingend anzupassen. Das kann doch einen Freisinnigen nicht überfordern.

Letzte Woche fand in Bad Ragaz die fünfte Familienunternehmertagung statt. Das Center for Family Business der Universität St. Gallen und die Bank Vontobel luden ein. Als Spiritus Rector wirkte wie bisher der Vontobel-Mann Egon Knecht. Zusammen mit dem Ökonomen Frank Halter stellte er abermals ein hochkarätiges Programm zusammen. Erstmals vertreten war der Bundesrat. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf gab sich die Ehre. Daneben referierten bekannte Industrielle und Intellektuelle. Rolf Schmid, CEO der Schweizer Erfolgsmarke Mammüt, erntete Begeisterung. Der NZZ-Korrespondent Urs Schoettli plädierte in einem fulminanten Vortrag für mehr Selbstvertrauen im Umgang mit China. Der neue Direktor des Schweizer Think-Tanks Avenir Suisse, Gerhard Schwarz, stellte mit Blick auf den neuen Behördenaktivismus zur Behebung der Wirtschaftskrise die sorgenvolle Frage: «Wer rettet uns vor den Rettern?» Besonders grossen Anklang fand der Auftritt des milliardenschweren ägyptischen Investors Samih Sawiris, der nach eigenem Bekunden höchstens fünf Stunden täglich arbeitet und mit seinem grossen Immobilienprojekt in Andermatt auf guten Wegen scheint.

Die Tagung klang auch deshalb optimistisch aus, weil Thomas Steinemann, Vontobel-Chefstrategie, trotz neuerlicher Dollarschwemme und anhaltend hohen Staatsschulden in Europa mittelfristig davon ausgeht, dass es keine starke Inflation geben wird und die Zinsen moderat bleiben werden. Rohwaren, Aktien und Immobilien seien stabile Anlagewerte selbst in inflationären Zeiten. Das Mini-WEF der Uni St. Gallen und der Vontobel-Bank avanciert zum Höhepunkt des Schweizer Herbsts.

Der deutsche Ex-Bundesbanker und Migrationsskeptiker Thilo Sarrazin («Deutschland schafft sich ab») hat mit seinen Buchverkäufen die Millionengrenze übertroffen. Wie ist der Erfolg zu erklären? Thema und Recherche sind beeindruckend, entscheidend aber war die Verfemung Sarrazins durch die deutsche Staatselite. Indem der Autor das Regierungsestablishment gegen sich aufbrachte, steigerte er seinen Marktwert enorm. Wer sich mit der Macht anlegt, legt zu.